

(A) Schettler und Dr. Meuzner; Oberregierungsbauratropisch und Weidauer; Regierungsräte Dr. Kluge und Dr. Uhle.

Anwesend 94 Abgeordnete.

Präsident Weckel eröffnet die Sitzung 1 Uhr 8 Minuten.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

2. Eingänge:

(Nr. 495.) Anfrage des Abg. Arndt u. Gen., betreffend Überschreitung des Demonstrationsverbotes durch Nationalsozialisten unter angeblicher Duldung seitens der Dresdner Polizei.

(Nr. 496.) Desgleichen wegen angeblicher Übergriffe der Polizei bei den letzten Arbeiterdemonstrationen.

Beschluß zu Nr. 495 und 496: Sind gedruckt und verteilt; dem Herrn Ministerpräsidenten sind Abschriften zugestellt worden.

(Nr. 497.) Schreiben des Ministerpräsidenten vom 20. März 1930, Nr. 224 St K I, unter Übersendung von Übersichten über die Kircheneintritts- und die Kirchenaustrittsbewegung im Jahre 1928.

Beschluß: Zu verteilen.

(Nr. 498.) Vorlage, den Entwurf eines Gesetzes über die Grundsteuer für das Rechnungsjahr 1930 betreffend.

Beschluß: Zur 1. Beratung auf eine Tagesordnung.]

Wir haben vor Eintritt in die Tagesordnung die **Abstimmung** über **einige Anträge** aus der vorigen Sitzung nachzuholen. Wir haben zunächst über die Überweisung der **Vorlage Nr. 26**, Altersgrenzengesetz, und der **Vorlage Nr. 27**, Zuschlag zu den Gebühren der Gerichte und Verwaltungsbehörden, abzustimmen.

(B) **Vorlage Nr. 27**, Zuschlag zu den Gebühren der Gerichte und Verwaltungsbehörden, abzustimmen.

Es ist beantragt worden, diese beiden Vorlagen dem Rechtsausschuß zu überweisen.

Einstimmig beschließt das Haus demgemäß.

Dann stimmen wir ab über den Antrag auf **Drucksache Nr. 334**:

der Landtag wolle beschließen:

Die Regierung wird ermächtigt, die im ordentlichen und außerordentlichen Staatshaushaltsplan auf das Rechnungsjahr 1930 eingestellten Beträge, soweit sie sich auf Neubauten oder in Ausführung begriffene Bauten aller Art beziehen, bereits vor Verabschiedung des Gesetzes über den Staatshaushalt auf das Rechnungsjahr 1930 zu verausgaben.

(Abg. Renner: Zur Abstimmung!)

Abgeordneter Renner (zur Abstimmung): Wir stimmen dem Antrag über die Vorlagen mit der Erklärung zu, daß sich unsere grundsätzliche Stellungnahme zu den Gefängnisbauten und dergleichen nicht ändert.

Präsident: Wir stimmen ab.

Ich stelle fest, daß der Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Der Antrag auf **Drucksache Nr. 356** lautet:

die Regierung zu ersuchen:

1. den am 29. Oktober 1929 gefaßten Beschluß sofort durchzuführen;

— dieser Beschluß besagte, die Mietzinssteuer restlos dem Wohnungsbau zuzuführen —

2. ihre Vertreter zu beauftragen, gegen die Verwendung der Mietzinssteuer für den allgemeinen Finanzbedarf bei der Reichsregierung den schärfsten Protest zu erheben.

Ich lasse getrennt abstimmen.

Wer dafür ist, daß der Antrag auf Drucksache Nr. 356 unter Ziff. 1 Beschluß werde, bleibe in seiner Verfassung.

Ich bitte die Herren Schriftführer zu zählen. Ich glaube, daß die Mehrheit für den Antrag ist.

Der Antrag unter Ziff. 1 ist mit 49 gegen 44 Stimmen angenommen.

Wir werden noch über den Antrag unter Ziff. 2 abstimmen müssen, weil der sich an die Reichsregierung wendet.

Der Antrag ist angenommen.

Über den Antrag auf **Drucksache Nr. 222** braucht nicht abgestimmt zu werden, weil er infolge der Überholung durch die politischen Verhältnisse im Reichstag zurückgezogen wird.

Nun noch einige Punkte, die neu auf die Tagesordnung aufgenommen werden sollen. Zunächst schlägt der Vorstand vor, die Anfragen Nr. 393 und 394 heute nach Punkt 6 mitbehandeln zu lassen, und zwar als Punkt 6a und 6b. Widerspruch erfolgt nicht. Die beiden Anträge sind also mit aufgenommen.

Dann ist im Vorstand besprochen worden, daß die **Vorlage Nr. 30** über das Schuländerungsgesetz mit auf die Tagesordnung genommen werden soll. Die Sozialdemokratische Fraktion ist aber nur dann gewillt, diese Vorlage mit auf die Tagesordnung zu nehmen, wenn sie ohne Aussprache sofort an den Ausschuß überwiesen wird; sie würde also widersprechen, wenn heute im Plenum eine Besprechung erfolgen würde. Ich werde darum erst darüber abstimmen lassen, ob der Landtag einer sofortigen Überweisung der Vorlage an den Rechtsausschuß zustimmen würde.

Ist jemand dagegen?

Einstimmig.

Die Überweisung an den Rechtsausschuß ist also beschlossen, so daß damit die Vorlage auf die heutige Tagesordnung mit dieser Motivierung gesetzt wird, daß wir nicht darüber zu sprechen brauchen. Die Tagesordnung beginnt daher:

Punkt 1: Vorlage Nr. 30 über den Entwurf eines Schuländerungsgesetzes 1930.

Hier wird sofort der Antrag behandelt, die Vorlage an den Rechtsausschuß zu überweisen.

Einverstanden.

Wir treten nun in die Tagesordnung ein.

Ich werde sofort über die Vorlage Nr. 30 abstimmen lassen und vor allen Dingen über die Überweisung an den Rechtsausschuß. Der Schlußberatung ist widersprochen worden.

Wer dafür ist, daß die Vorlage sofort an den Rechtsausschuß geht, bleibe in seiner Verfassung.

Einstimmig angenommen.